

Bericht der AGR-Konferenz vom 21.6.-23.6.1999 DIPF Frankfurt

Die AGR-Konferenz tagte vom 21.-23.6.1999 im Deutschen Institut für Internationale Pädagogische Forschung (DIPF) in Frankfurt/Main. Die Delegierten der Betriebs- und Personalräte vertreten insgesamt über 60 000 Beschäftigte der außeruniversitären Forschung. Sie dokumentierten mit der Wahl des Tagungsortes ihre Solidarität mit den in ihrer Existenz bedrohten Instituten der Blauen Liste. Zu dieser Solidaritätsbekundung gehört die Forderung der Konferenz, Institute, deren Forschungsthemen zur Disposition stehen, durch inhaltliche Neuorientierung auf gesellschaftlich relevante Fragestellungen in ihrem Bestand zu erhalten und damit die Arbeitsplätze zu sichern. Ein diesbezügliches Schreiben wurde an die Bundesministerin für Bildung und Forschung, Edelgard Bulmahn, gerichtet.

Diese Forderung unterstützte auch der ÖTV-Vorsitzende Herbert Mai, der zur Abstimmung gemeinsamer Positionen und Strategien zeitweise Gast der Konferenz war. Die Delegierten waren sich mit ihm auch darüber einig, daß der Forschungsetat 2000, wie im Wahlkampf versprochen, deutlich aufgestockt werden muß, um das hohe Niveau der Wissenschaft in Deutschland zu erhalten. Der Kollege Mai sicherte den Delegierten zu, daß die ÖTV sich verstärkt im Interesse der Beschäftigten in die Diskussion der Forschungsziele, z.B. im Senat der Hermann von Helmholtz-Gemeinschaft Deutscher Forschungszentren (HGF), einbringen wird. Zur Intensivierung der Kooperation wurden regelmäßige Gespräche zwischen der AGR und dem ÖTV-Vorsitzenden vereinbart.

Es bestand Übereinstimmung zwischen den Delegierten und Herbert Mai darin,

- die Benachteiligten im Tarifgebiet BAT-Ost abzuschaffen,
- die Chancengleichheit für Frauen und Männer endlich zu verwirklichen,
- bei einer Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes den Tendenzschutz für Forschungseinrichtungen zu beseitigen.

In Reaktion auf Eingruppierungsüberprüfungen des Bundesrechnungshofs in etlichen Forschungseinrichtungen wendete sich die Konferenz - gestützt auf ein unabhängiges Gutachten - entschieden gegen die vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) vorgegebenen Auslegungen bei tariflichen Eingruppierungen.

Breiten Raum nahm im weiteren die Diskussion über die von den Arbeitgebern geforderten Veränderungen von tariflichen Regelungen ein. Die AGR wird bis zum Herbst eigene konkrete Positionen zu tariflichen Verbesserungen erarbeiten. Dabei sind Eckpunkte:

- keine Verschlechterung des tariflichen Kündigungsschutzes,
- Sicherung des bisherigen Einkommensniveaus für alle Beschäftigten als Grundvergütung,
- Einbindung der Doktoranden in den Tarifvertrag,
- unbefristete Verträge als Regelarbeitsverträge.

Zum Abschluß der Konferenz verabschiedeten die Delegierten

- ein Positionspapier zu "Chancengleichheit in der Forschung" als Ergänzung zu den Thesen "Forschung in gesellschaftlicher Verantwortung",
- die Forderungen "Hoher Nachholbedarf bei der Forschungsförderung in den neuen Bundesländern" mit der dazugehörigen "Beurteilung der Umgestaltung der Forschungslandschaft in den NBL".